

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 44

Ersteht jeden Sonntag.
Abonnementspreis: M. 1.— für das Vierteljahr.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Gotha, 3. November 1918
(Telephon: Nr. 174)

3. Seite kosten 50 Pfg. die einseitige Seite.
Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen-
vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

32. Jahrg.

Inhaltsverzeichnis.

Not kennt kein Gebot. — Neutralität. — Ansm. —
Arbeitsberzeitung und Lehrlingsfragen. — Invaliden-
versicherungsfreie Personen. — Die Schule. — Gewer-
schaftliche Rundschau. — Verbandsnachrichten.

1700 an der Zahl, erhalten laut Schuhmarkt vom 17.
10. 18 jährlich rund 25 Millionen Mark. Es erhält
somit durchschnittlich jeder Fabrikant seines stillgelegten
Betriebes eine „Arbeitslosenunterstützung“ von etwa
15 000 Mark. Da erwarten die Arbeiter schon, daß für
ihre Arbeitsleistung nicht um Pfennige gekürzt wird.
Vor allen Dingen wird auch erwartet, daß schnell ge-
handelt wird und nicht wie das Kriegsministerium ein
halbes Jahr braucht um 10 Prozent Lohnaufschlag zu
gewähren.

Ebert begründet, der den Standpunkt vertrat, daß wir
keinen Zweifel daran lassen dürfen, daß ein Frieden um
jeden Preis unter keinen Umständen in Betracht kom-
men kann, sondern daß wir alle das Letzte daran setzen
müssen, um die gebotenen Lebensinteressen des Landes
und des Volkes zu verteidigen. (Sehr richtig!) Zur Sache
selbst erklärt er, daß es für den Eintritt in ein Ministe-
rium nur zwei Wege gäbe, entweder wir stellen ein
Minimalprogramm auf, oder aber ein Maximalpro-
gramm. Beim Minimalprogramm muß man prüfen, was
möglich ist, und da darf man nicht vergessen, daß man in
einer Koalition mit bürgerlichen Parteien operiert und
auf dem Wege der Verständigung das Durchgehen muß,
was notwendig ist. Dann müsse man darauf Rücksicht
nehmen, daß wir in Deutschland mit dem Zentrum zu-
sammenzuarbeiten gezwungen sind. Bezüglich des
Wahlrechts bedeute die Forderung die Auflösung des
Abgeordnetenhauses, wenn aus der Kommission des
Herrenhauses nicht das gleiche Wahlrecht herauskommt.
Bayer habe ihm jetzt wieder erklärt, daß Hertling,
wenn nicht baldigst aus dem Ausschuss des Herren-
hauses das gleiche Wahlrecht herauskommt, zur Auflösung
schreiten wolle. Wolle man das Zentrum für das gleiche
Wahlrecht haben, dann gehe es eben ohne Sicherungen
in der Schul- und Kulturpolitik nicht ab. Auch im übri-
gen seien die Bedingungen, die der Vorstand vor-
schlage, wohl durchdacht und den Verhältnissen entspre-
chend. Ueber das Bürgerrecht werde eine Verständigung
mit den übrigen Parteien und der Regierung möglich
sein. Wenn man bedenkt, daß man den Bogen nicht
überspannen darf, dann werde man nicht Forderungen
aufstellen dürfen, die Verhandlungen von vornherein
zum Scheitern zu bringen. Wolle man jetzt keine Ver-
ständigung mit den bürgerlichen Parteien und der Re-
gierung, dann müsse man allerdings die Dinge laufen
lassen, aber niemand könne doch der Meinung sein, daß
solche Zustände wie in Rußland bei uns wünschenswert
sind. Wir müssen uns im Gegenteil in die Breite wer-
fen und sehen, ob wir genug Einfluß bekommen, um
unsere Forderungen durchzusetzen. (Bravo!)

Diese Ausführungen Eberts bedeuten sich durchaus mit
dem Standpunkt, den unsere Gewerkschaften einnehmen.
Wir müssen tatsächlich alles daransetzen, um zu verhin-
dern, daß die Entwicklung unserer inneren Zustände in
russische Bahnen abgedrängt wird?

Soll ein Verbandsorgan, dessen Gewerkschaft auf
ihrem letzten Verbandstage ungewöhnlich befeuert hat,
daß sie mit dieser Politik der Generalkommission nichts
gemein hat, ruhig zusehen und solche Neuerungen ohne
ein Wort der Gegenwehr lauten lassen. Nein: wenn
es in dem Sinne des letzten Verbandstages handeln
will, muß es hiergegen Einspruch erheben und den
Standpunkt des Verbandstages zum Ausdruck bringen.
Also fort mit den Handschellen, fort mit dem Maulkorb
und klar die Fahne des klassenbewußten Proletariats
entrollt. Kollege M.

Not kennt kein Gebot.

Eine Lohnerrhöhung heißt es in Nr. 42 vom 20. 10.
18 im Schuhmacher-Fachblatt, haben die Arbeiterorga-
nisationen der Schuhindustrie von den Fabrikanten ver-
langt. Der Wp, der durch die wirtschaftlichen Verhält-
nisse auf die Arbeiter drückt, wird durch das Wort
„Lohnerrhöhung“ etwas gelichtet. Schon gleich nach
Abschluß des Tarifvertrages für Zivilschuhwerk magte
sich, ganz besonders in den größeren Plätzen, eine Un-
zufriedenheit unter den Arbeitern bemerkbar. Die
Löhne sind zu niedrig und wir sind auf zwei Jahre ge-
bunden, scholl es von verschiedenen Seiten. Dieser Un-
wille war nicht ganz unberechtigt. Die Steigerung
sämtlicher Lebensbedarfsartikel, insbesondere der Le-
bensmittel, ging in's Fantastische. Durch staatliche An-
reizmittel wurden den Lebensmittelproduzenten Milli-
onen und Abermillionen in den Schoß geworfen. Die
Fabrik der Landwirte wurde dadurch immer mehr ge-
steigert. Die Maßnahmen der Regierung sind alle da-
auf zugeschnitten, den Landwirt bei guter Laune zu
erhalten. Auf den Konsumenten ruht man dabei gar
keine Rücksicht. Die Arbeiter zwingt man zur Arbeit
durch Hilfsdienstgesetz, den Landwirt „reizt“ man durch
übergroße Gewinne. Auch den Industriellen hat man
Milliarden an Kriegsgewinnen gegeben. Verdient hier
und da mal ein Munitionsarbeiter durch übermensch-
liche Anstrengung und Aufopferung seiner ganzen Ge-
sundheit einen höheren als den normalen Lohn, so wird
in den Kapitalistenblättern ein Geschrei erhoben, als
ob alle Arbeiter in Saus und Braus leben täten. Wie
ist es nun mit den Löhnen in der Schuhindustrie aus?
Der Mindeststundenlohn beträgt je nach Alter bei den
männlichen Arbeitern 20, 30, 40 und 50 Pfg. und bei
den weiblichen 15, 25, 30 und 35 Pfg. In der höchsten
Kriegsklasse 20 Prozent mehr. Dazu kommen 20 Prozent
Strafzulage und eine Feuerzulage von 1,50 M.
bis 4 M. Die Akkordarbeiter sollen dann 20 bezw.
10 Prozent mehr verdienen können. Das ist der Lohn,
den die Fabrikanten den Arbeitern nach langem Hin-
und Herfeilschen gewährt haben. Infolge der Verlaun-
gung des Vertrages suchen nun obendrein auch
noch die Fabrikanten zum Schaden der Arbeiter für sich
Vorteile zu verschaffen. Der Vertrag ist ja in seiner
Formulierung derart kompliziert, daß nur der Fabri-
kant auf Grund der Lohnbücher die Löhne für die Ak-
kordarbeiter berechnen kann. In der ganzen Schuh-
industrie in Deutschland dürften nur wenige Akkord-
arbeiter in der Lage sein, ihren rechtmäßigen Lohn berech-
nen zu können. Die Fabrikanten weigern sich, die Be-
rechnung herauszugeben. Der Zustand ist geradezu un-
haltbar. Es muß ein bedeutend höherer Lohn und auch
eine Vereinfachung in der Lohnberechnung herbeigeführt
werden. Die Arbeiter fangen an, unruhig, ja sehr un-
ruhig zu werden. Wenn den Arbeitern von Seiten der
Fabrikanten kein entsprechendes Gehör und Entgegen-
kommen gebracht wird, kann es passieren, daß die Ar-
beiter es versuchen, sich den Weg selbst zu bahnen, auch
wenn es über die Köpfe der Organisationsvertreter hin-
aus geht. Ein solches Vorgehen würde sich letzten Endes
wohl gegen die Arbeiter selbst richten, aber: „Not kennt
kein Gebot“. Daß die Schuhindustrie leitungsunfähig ist,
beweist schon die Tatsache, daß die Entschädigung an
die stillgelegten Betriebe von 6 auf 10 Prozent erhöht
wurde. Das ist eine Erhöhung von 66,7 Prozent. Die
stillgelegten Betriebe, Fabriken und Großfilzen, etwa

Neutralität — Unsinn!

In einem organisierten Massenmord, genannt
Weltkrieg, wo der Imperialismus aller kapitalistischen
Staaten sich in der schneidendsten Weise austobt, ist
das Wort Neutralität an der Tagesordnung. Aber
auch zu keiner Zeit ist die Unsinnigkeit dieses Wortes
mehr bewiesen worden wie gerade jetzt. Eine Neutrali-
tät gibt es eigentlich überhaupt nicht.

Wir wollen uns nicht mit der Neutralität der kapi-
talistischen Staaten untereinander beschäftigen, sondern
mit derjenigen, die unserm Verbandsorgan auf den
letzten beiden Verbandstagen auferlegt wurde. Nach
Stuttgart sei die Neutralität nicht eingehalten worden
hieß es in Würzburg. Ja, glaubt man denn, daß es
diesmal der Fall sein könnte, Mit dem besten Willen
wird es nicht möglich sein. Die Verhältnisse werden
sich hier stärker erweisen als Beschlüsse. Kann ein Ar-
beiter von Fleisch und Blut bei den Gegensätzen
innerhalb der Arbeiterschaft neutral bleiben? Was
man verlangen kann, ist, daß der einen wie der an-
dern Richtung innerhalb des Verbandsorgans die
Möglichkeit, ihre Ansichten zu vertreten, gegeben wird,
und daß dieses sachlich geschieht. Ist denn irgend
jemand so naiv, zu glauben, daß man zu dem, was in
Deutschland und der ganzen Welt in letzter Zeit vor-
gegangen ist und noch vorgeht, stumm sein kann? Das
Ziel der Gewerkschaften ist letzten Endes doch, die
heutige gottgewollte Gesellschaftsordnung zu ändern
und eine andere, bessere, die proletarische an deren
Stelle zu setzen. Wie kann das geschehen? Auf wel-
chem Wege ist dies möglich? Ist die Taktik der so ge-
nannten Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie
und der Generalkommission, oder die Taktik der Unab-
hängigen oder der Bolschewiki die richtige. Das muß
doch in einer Arbeiterzeitung untersucht, klargelegt und
dem Arbeiter begreiflich gemacht werden.

Wenn ein Scheidemann, als Vertreter der Arbeiter,
in eine kapitalistische Regierung eintritt, so kann man
vielleicht daran vorübergehen, er tut es als Vertreter
der politischen Partei, wenn aber eine „Egallenz“ Bauer
von der Generalkommission als Vertreter der Gewer-
kschaften die Interessen der Arbeiter von einem gepost-
erten Regierungssessel aus besser zu vertreten meint, als
im tagtäglichen Klassenkampf, so soll da ein Gewer-
kschaftsorgan schweigen. Kollegen, die ihr ganzes Leben
lang bis ins hohe Alter hinein, für das Programm,
Ziel, Traditionen und Gepflogenheit innerhalb der Ar-
beiterschaft gekämpft, gelitten und gestritten haben, sollen
zusehen, wie um das alles auf öffentlichem Markte über
diese Dinge getuschelt wird. Sollen zusehen und
stumm sein?

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission bringt
in Nr. 39 einen Artikel „Deutschland von neuen Ent-
scheidungen“, worin nach einer langen Lamentation
über den Kanzler Hertling, Belagerungszustand, Obrig-
keitsstaat, Polizeigeist usw. sich folgende Auslassungen
finden:

Die Notwendigkeit dieser Stellungnahme der Partei
wurde am eindrucksvollsten durch den Parteivorstand

Arbeitsberzeitung und Lehr- lingsfragen.

Die deutsche Arbeitsberzeitung beschäftigt sich in
ihrer Nr. 41 mit dem vor einiger Zeit im Korrespon-
denzblatt erschienenen Artikel über Lehrlingsfragen.
Sie schreibt:

„Die deutschen Waren und der deutsche Kaufmann
haben in der Welt einen guten Klang gehabt, und wenn
führende Männer der englischen Industrie und des
englischen Handels sich die Frage vorlegten, wie es
eigentlich komme, daß Deutschland England den Rang
abläuft, dann haben sie sich meist für den Engländer
nicht gerade schmeichelhafte Antwort geben müssen, daß
die deutsche Erziehung, das Zusammenwirken von eben-

so gründlicher Theorie wie Praxis im industriellen Leben diejenige Hebelwirkung geschaffen haben.

Von dem Zusammenwirken der Praxis mit den Arbeiterorganisationen war die Arbeitgeberzeitung eigenlich nie recht einverstanden. Das Unternehmensblatt kann allerdings an, daß der deutsche Arbeiter zu dem guten Ruf der deutschen Industrie beigetragen hat, nur den Gewerkschaften nicht, die ihren recht erheblichen Teil, den diese Zwecksetzung haben, nicht zugehen.

Anerkannt wird ferner, daß ein großer Teil tüchtiger Arbeiter in dem Entfremden den Tod fanden, und daß ein anderer Teil mit geschwächter Arbeitskraft — ja wohl heißen sich, krank und verstimmt — zurückkehrte.

Die Arbeitgeberzeitung stimmt deshalb auch einem Teil des im Korrespondenzblatt erschienenen Artikels zu. Sie ist der Meinung, daß die Lehrlingsfrage nicht nur Arbeitgeber und Arbeiter allein überlassen werden kann, sondern daß auch die Gewerkschaften und die Organisations des Staatswesens für einen tüchtigen Nachwuchs an Arbeitskräften für das Handwerk und für die Industrie mitanzusehen haben. Die Lehrlingsausbildung soll nicht nur Privileg des Handwerkers bleiben, die Industrie fordert ihren Anteil daran gleichfalls. Der Industrie müßten dann auch für ihre Lehrlinge die Einrichtung der Gesellen- und Meisterprüfungen zugestimmt werden. Soweit, so gut.

Der Artikel im Korrespondenzblatt schlägt nun aber für die Berufsberatung und Vermittlung von Lehrstellen paritätische Kommissionen vor.

Diese Kommissionen, denen doch wahrlich eine Bedeutung nicht abgesprochen ist, nennt das Unternehmensblatt einen gewerkschaftlichen Hinderfuß. Sie schreibt:

„Ganz abgesehen davon, daß die Gewerkschaften mitreden wollen, werden sie wieder paritätische Kommissionen vorschlagen, in denen nach bisheriger Erfahrung die freien Gewerkschaften das Szepter in die Hand nehmen wollen, natürlich mit der Absicht, auch die Lehrlinge in ihren Bann zu ziehen, genau so wie die politische Sozialdemokratie durch Gründung von Jugendvereinen die Jugend mit dem Geiste des Sozialismus durchdrängen will.“

Verehrte Arbeitgeberzeitung, was haben die sozialdemokratischen Jugendvereine — Jugendvereine existieren gar nicht — mit dem im Korrespondenzblatt vorgeschlagenen Kommissionen zu tun und warum die Furcht vor diesen „freien“ Gewerkschaften? Gewiß, sie sind die stärkeren Gewerkschaften, und würden naturgemäß an die von den Gewerkschaften zu besetzenden Kommissionen am stärksten partizipieren.

In einigen Teilen Deutschlands würde das aber auch nicht der Fall sein.

Daß die Gewerkschaften während des Krieges auf allen Gebieten ihre Segenswürdigkeit getan haben, wird allgemein anerkannt.

Bekannt ist ferner, daß selbst die Behörden bis in die höchsten Stellen mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten und deren Tätigkeit fördern lernen. Die Arbeitgeberzeitung nimmt allerdings auch heute noch ihre alte Stellung vor dem Kriege gegen die Gewerkschaften ein; sie beweist damit, daß sie während des Krieges nach dieser Richtung nichts gelernt hat.

Das Korrespondenzblatt hebt ausdrücklich hervor, daß nicht gesagt sein sollte, daß die jugendliche Arbeiter auch der Behring allenfalls in die Organisation eingereiht werden soll.

Das Korrespondenzblatt erkennt vielmehr an, daß der Lehrvertrag für die Dauer der Lehrzeit den Lehrling der gewerkschaftlichen Disziplin entzieht, an deren Stelle aber die paritätische Aufsicht des Gewerkschafts treten hat.

Was der Artikel empfiehlt, sind Lehrlings- und Jugendabteilungen. Diese Abteilungen sollen ständigen Zwecken und zur Pflege der fachgewerblichen Kameradschaft und Geselligkeit dienen.

Es sollen sowie in fachlichen, volkswirtschaftlichen und sozialökonomischen Dingen erichtet werden. Beiträge sollen höchstens für Unterhaltungszwecke erhoben werden, und eine Jugendkassette wird empfohlen.

Nach beendeter Lehrzeit soll der Ausgelernte ohne Ausnahmegehört in die Organisation aufgenommen werden.

Wies so selbstverständliche Dinge, die bei mehreren Gewerkschaften — und nicht nur bei den „Freien“ — seit Jahren vor dem Kriege bestanden, und die noch keinem Arbeitgeber geschadet haben.

Diese dem Lehrling und späteren Gesellen so nützlichen Dinge, an denen auch die Unternehmer Anteil haben, verweigert die tüchtige und abblühende Lehrkräfte erhalten, zunächst die Unternehmerzeitung, indem sie schreibt:

„Daß die angeführten Vorträge im Sinne gewerkschaftlicher Erziehung gehalten werden, ist ebenso vor-

auszusehen, wie daß die rein fachlichen Vorträge vollkommen in den Hintergrund treten werden. Dem Lehrling wird dann mehr Interesse für gewerkschaftliche und politische Fragen beigebracht als Interesse für seine rein fachgewerbliche Ausbildung, die schließlich für sein späteres Fortkommen die Hauptrolle spielen muß. Das Autoritätsverhältnis zwischen Lehrling und Lehrherrn bezug dessen Stellvertreter wird vollständig verschwinden, an Stelle der fachgewerblichen Ausbildung wird dann die gewerkschaftliche Schule treten.“

Hat die Arbeitgeberzeitung wirklich keine Kenntnis davon, oder schreibt sie Vorstehendes aus purer Bosheit, daß die Gewerkschaften seit ihrem Bestehen es nicht daran haben lassen, ihre Mitglieder, wo es nur möglich war, fachgewerblich weiterzubilden. Kurze dieser Art haben nicht nur den Jungausgelernten sehr oft den Lebensweg geöffnet, sie waren dem Unternehmertum auch vom Vorteil, weil die Unternehmer durch diese Fortbildung tüchtige Arbeitskräfte erhielten.

Was die Organisationen bisher für ihre Mitglieder auf fachgewerblichem Gebiete leisten konnten, würden doch Aufsichtskommissionen unter staatlicher Aufsicht für die Lehrlinge erst recht leisten können.

Haben nicht auch bisher die Gesellen, und nicht zuletzt die gewerkschaftlich organisierten, dafür Sorge getragen, daß der Lehrling etwas lernte, um sein späteres Fortkommen zu haben?

So gewissenlos ist kein organisierter Arbeiter, um dem Lehrling an seiner fachgewerblichen Ausbildung hinderlich zu sein, vielmehr ist er interessiert, daß der Nachwuchs tüchtig wird in seinem Fach. Ein Stümper

Werde Verbandsmitglied!
Die Zukunft des Verbandes ist deine Zukunft. Geht der Verband in Einklang, reißt es dich mit. Werde darum Verbandsmitglied. Du tust es für dich!
Vom Arbeiterschiedel bist auch du ein Teil, was du dem Verbands tust, du tust es dir zum Heil! In deinem Interesse mußt du Verbandsmitglied werden.
Gesinnungen sind wohlfeil, Worte erschüttern nur die Luft, erst die Tat zeigt den Wert! Darum zieht alle an einem Strang, setz alles ein bis zu dem Ende, das wir erreichen müssen und werden.
Wer dem Verbands nicht beiträgt, der spart für den Gegner, wer beiträgt, spart für sich und seine Familie. Kein ehrlicher Arbeiter darf dabei länger abseits stehen und die Geschäfte seiner Gegner besorgen.
Der Kampf geht um die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verbesserung. Da gilt die allgemeine Verpflichtung. Wer sich nicht anschließt, ist fahnenflüchtig. Wer Gegner liest und keine Wahl. Es geht um die Selbsthaltung. Darum wehre dich und siege!

Im Fach ist leichter der Lohndrucker zugänglich als der tüchtige Arbeiter.

Hier allerdings verehrte Arbeitgeberzeitung treffen sich unsere Ideen mit dem Unterchied, daß wir wünschen, daß der Arbeiter auf allen Gebieten Wissen haben soll und muß, um sein Recht als Arbeiter vertreten zu können. Die Unternehmer und ihre Presse nehmen wohl auch den tüchtigen Facharbeiter, sehen es aber doch gerne, wenn der Arbeiter auf anderen Gebieten rückständig bleibt, ja sie stellen oft lieber diese Arbeiter ein, selbst auf die Gefahr hin, daß er etwas weniger tüchtig ist. Nach dem Prinzip Bronfort u. Schellenborn, der Soldat ist gut, wenn er Königstreue ist.

Aber auch aus anderen Gründen ist es notwendig, daß für das Lehrlingswesen die überwachenden Kommissionen geschaffen werden.

Die Anzahl der Lehrlinge zu der Anzahl der Gesellen muß in einem gesunden Verhältnis stehen, und was das nach der Fall ist, in ein solches gebracht werden.

Die Arbeitgeberzeitung versucht mit einem Artikel aus dem Steindruckergewerbe über das Lehrlingswesen den Gewerkschaften etwas anzuhängen. Der Artikel besagt weiter nichts, als daß im Steindruckergewerbe das Verhältnis ungesund war, und daß versucht worden ist, dieses auf gesunde Grundlage zu bringen. Bekannt ist nur zu gut, daß wegen der großen Lehrlingsglückerei in diesem Gewerbe die Gesellen oft monatelang arbeitslos waren.

Es ist nicht auch in anderen Berufen, besonders in der Metallindustrie, vorgekommen, daß die Handwerkskammern — allerdings erst auf Anzeige — eingreifen mußten, um das Verhältnis der Lehrlinge zur Anzahl der beschäftigten Gesellen zu regeln? Hatten nicht Unternehmer (kleinere) bei 1 bis 2 Gesellen 14 bis 16 Lehrlinge?

Können in solchen Fällen diese Lehrlinge zu tüchtigen Arbeitern herangebildet werden?

Hätte der Ausgelernte dann nichts gelernt, würde ihm selbst die Schuld für diese Unvollkommenheit zugerechnet. Sind in solchen Fällen die von den Korrespondenzblatt geforderten Kommissionen gerade eine Notwendigkeit?

Dem jugendlichen Arbeiter nahmen sich bisher — und besonders während des Krieges — die gewerkschaftliche Organisation an, der Lehrling entbehre aber jeden diesbezüglichen Schutzes.

Meiner Meinung nach wäre auch von einer solchen Kommission zu unterzuchen, ob in allen Fällen, wo der Lehrling in der Großindustrie, — wo er nur für eine Spezialarbeit ausgebildet wird — z. B. als Zuschneider in der Schuhindustrie — eine drei- bis vierjährige Lehrzeit für ein billiges Kostgeld — 3, 6 und 9 Mark je nach dem Lehrjahr, wie es vor dem Kriege noch solche gab entlohnt wird; oder ob da nicht eine längere Lehrzeit am Plage wäre.

Am liebsten hätte wohl die Arbeitgeberzeitung und ihre Unternehmer alle jugendlichen Arbeiter als Lehrlinge, zwänge sie in einem langfristigen Lehrvertrag und ihr Wunsch, billige Arbeitskräfte zu haben, wäre erfüllt.

Wer hat während des Krieges daran gedacht, daß der Lehrling zu seinem bescheidenen Kostgeld auch ein Teuerungszulage erhielt?

In einzelnen Fällen mögen die Gewerkschaften teilweise in Verbindung mit den Gesellenausschüssen sich dieser Sache angenommen haben, in den meisten Fällen wird nichts geschehen sein.

Wiesach müßte die arme Kriegerfrau mit dem dem Kriege für ihren Sohn vereinbarten Kostgeld weiter leben, weil der Lehrherr „wie Schypod an seinem Schein“ — Lehrvertrag — bestehen konnte und bestand.

Gesach dann etwas, so lag es im Ermessen der einzelnen Unternehmer.

Handwerksmeister einer größeren ostdeutschen Stadt, wo das Gewerkschaftsrecht sich der Lehrlingsannahme, erklärten im Jahre 1916: Bei den Teuerungszulagen für Lehrlinge müßte die Frage des Kostgelds und der Nachfrage berücksichtigt werden. Der Handwert, welches viel Zuspruch an Lehrlingen erwies, durfte nach Ansicht der Meister eine geringere Teuerungszulage zu dem bescheidenen Kostgeld zahlen. Der Grundlag: Angebot und Nachfrage und der fernim-hause-Standpunkt ist es aber, von dem sich die Arbeitgeberzeitung in ihrem gegen diesbezüglichen Lehrlingsartikel leiten läßt.

Sie schreibt zum Schluß: Oftmals hören sich die Forderungen der Gewerkschaftsvertreter ganz harmlos an, in der Tat sind sie letzten Endes darauf berechnet, das Gesetz von Angebot und Nachfrage in ihrem Sinne zu regeln.

Man könnte sagen: ganz wie bei uns.

Die Gewerkschaften haben in ihren Berufen vieles zum Besten ihrer Berufsklasse geregelt — Vertiefung der Arbeitszeit, Steigerung der Löhne — ohne daß das Unternehmertum dabei zugrunde gegangen ist. Die Gewerkschaften werden sich auch in Zukunft von keiner Schwarzschere der Unternehmerpreise von ihrem bisherigen Tun abhalten lassen. Im Interesse der Arbeiterschaft werden sie nach wie vor ihr Bestes leisten.

Invalidenversicherungsfreie Personen.

Von Oberstadtschlichter W. Gr. beim Berufungsrat.

Invaliden-, Invalidenrenten-, Witwen-, Witwenrenten-, Witwer- und Witwenrentenempfänger sind nach § 1236 Reichsversicherungsordnung kraft Gesetzes — also ohne besonderen Antrag und ohne besonders erteilte Bescheinigung des Versicherungsamts — invalidenversicherungsfrei. Auch dann noch, wenn sich ihr Gesundheitszustand wieder sowohl gebessert hat, daß sie wieder instande sind, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt mehr als ein Drittel ihres Wertes zu verdienen. Sie können daher, solange sie Rente beziehen, ohne Duldungsstarke beschäftigt werden. Invalidenmarken, die während des Bezuges einer Rente verwendet werden, sind rechtlich ungültig; sie müssen auf Antrag mit ihrem Wert von der Landesversicherungsanstalt erstattet werden.

An der Regel fordert der Arbeitgeber die Duldungsstarke vom Arbeitnehmer bei der Arbeitsannahme. Kann der Arbeitnehmer sie nicht vorlegen, was beim Rentnerempfang, dem die Karte bei der Antragstellung auf Gewährung der Rente abgenommen worden ist, immer der Fall ist, so stellt ihn der Arbeitgeber maßlos

ein, oder der Arbeitnehmer muß sich auf Grund
Aufsichtungsbescheinigung über die letzte unge-
Dittungsart die Folgestarte oder eine Karte
besorgen, worin der Arbeitgeber dann vom Tage
Beschäftigung an zu U r e c h t steht, was jetzt häu-
Kriegsteilnehmer, die Invalidenrente beziehen
müde gegen Enghelt arbeiten, geschieht, oder der
nehmer muß sich dem Versicherungsamt eine Be-
lung ausstellen lassen, daß er als Rentempfän-
Versicherungsgesetz ist und sie dem Arbeitnehmer vor-
berdurch ist dem Arbeitgeber und besonders dem
nehmer immer viel Verdruß und Zeitverlust und
Versicherungsum unnötige Schreibarbeit entstan-
Diese Unbequemlichkeiten können leicht vermie-
werden.
der Rentempfänger erhält von der Landesver-
sicherungsanstalt einen Rentenbescheid. Auf Grund
Bescheides kann der Arbeitgeber den Arbeitneh-
ohne Dittungsart einstellen und ohne Marken-
bindung beschäftigen. Zweifelt der Arbeitgeber die
des Rentempfängers an, daß er die nachge-
Rente noch genießt, kann er sich leicht durch tele-
phonische oder schriftliche Anfrage bei der Landesver-
sicherungsanstalt vergewissern.
Anderer können invalide Personen, die nicht Renten-
empfänger sind, ohne Dittungsart in Arbeit genom-
men werden.
Invalide im Sinne der §§ 1255 und 1258 der
Versicherungsordnung ist, wer infolge von Krank-
heit anderen Gebrechen nicht mehr imstande ist,
eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkei-
ten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung
seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zu-
gesehen werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben,
wofür er körperlich und geistig gesunde Personen derselben
mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend
Lohnarbeit zu verdienen pflegen.
solche Personen, die nicht Rentempfänger,
sind invalide sind, die nur in geringem Umfange
Arbeiten ausführen und damit nicht mehr als
Drittellohn verdienen und deren Verdienst für
Unterhalt nicht von wesentlicher Bedeutung ist,
sowie gleichfalls ohne Dittungsart und ohne Marken-
bindung beschäftigt werden. Rentenemp-
fänger bleiben bei Ausführung von Lohnarbeit,
wenn sie nicht invalide sind, invalidenversicherungs-
pflichtig, und Militärrentempfänger sind nur dann
versicherungspflichtig.
In vorstehende Ausführungen mehr beachtet
wird es Rentempfängern, alten und schwachen
Personen leichter möglich sein, eine passende und
schwere Arbeit zu finden und damit einige
Geld zu verdienen.
Allen Zweifelsfragen gibt das Versicherungsamt
auf Verlangen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers
schriftliche, telefonische und telephonische Anfrage
auf, wozu es nach § 37 des Gesetzes auch ver-
pflichtet ist.

Die Schule.

Die Schule, die Schule, und nochmals die Schule!
Der Titel des Vortrages, den William Spindler
der 18. deutschen Lehrerversammlung am 5. Mai
in Neu-Cöllnischen Bezirksverein hielt. In die-
sem Vortrag sagte Spindler wörtlich:
„Die Religion ist nur Deckmantel für den eigentlichen
Zweck. Die Regulativen sind die wichtigste Waffe in
den Händen der Orthodogie und der Reaktion. Durch
regulatorische Lehrerziehung machen diese Par-
teien aus der preussischen Volksschule ein Mittel,
den heranwachsenden Generationen für ihre eigenen
wichtigen Zwecke heranzubilden. Wer die Schule
beherrscht, beherrscht die Zukunft! Das wissen Orthodogien
und Reaktion, und sie handeln danach. Ebenso gut
wie wir Liberalen es wissen. Wir tun aber nichts.“
Diese Worte treffen noch heute zu; ja, nach den letzten
Erfahrungen über den Religionsunterricht der Dissidenten
in preussischen Abgeordnetenhaus mehr denn je.
Selbsthilfe bittere Not!

Sie eine wichtige Waffe zur Selbsthilfe.

Volkskatechismus — ein freier Katechismus für
den Proletariat wird hiermit allen erfinden
und Freizeitsfreunden mitten im Rasen des
Lebens dargeboten. Das Büchlein soll an seinem
Inhalt mitteilen, guten Samen auszustreuen
den empfänglichen Herzen, so helläugige und klar-
sichtige Menschen schaffen helfen, die ihr eigenes und
Menschheit Lebensziel nicht in Worten sondern
in Taten und blühenden Blütenwerken ersticken. In-
halt von echter Menschen- und Nächstenliebe

mitarbeiten am Aufbau einer besseren, gerechteren und
friedlicheren Welt.

Unter den vielen Ursachen, die über die Menschheit
das große Massenwürgen, den Welt Hunger und das
Weltelend gebracht haben, steht die Lethargie, die Ge-
dankenlosigkeit und der blinde Autoritätsglaube der
breiten Volksmassen nicht an letzter Stelle. Die blutigen
Lehren dürfen nicht umsonst gewesen sein! Jeder ein-
zelne muß den brennenden Wunsch haben, daß die
furchtbare Weltlage der letzten Jahre sich nicht wieder-
hole, daß die Menschen in gemeinsamer, friedlicher Ar-
beit neben einander wohnen und des Wertes ihrer
Hände und Köpfe froh werden.

Dazu bedarf es aber Weisheit, die alle überkom-
menen und angebrüllten Vorurteile abgeworfen, die sich
eine freie Weltanschauung angeeignet haben und ihrer
freien, stolzen Ueberzeugung gemäß zu handeln bereit
sind. Die kleine Schar freier Geister, die den Weltkrieg
mit ungebildeten Augen und blutenden Herzen durch-
lebt oder durchkühlen hat, muß um Hunderttausende, um
Millionen vermehrt werden. Angesichts der Massen-
gräber und verwulsteten Länder und Städte, angesichts
der leiblichen Entbehrungen und seelischen Nöte muß
die materielle und geistige Befreiung des Volkes zu
einem unbesiegbaren Massenwillen werden.

Dazu bedarf es aber des heranwachsenden Geschlech-
tes. Schon den Kindern des Volkes muß das Verständ-
nis für eine freie Weltanschauung erschlossen werden.
Kirche und Schule sind noch immer am Werke, die Kin-
der des Volkes zu gehoramen Untertanen, geduldben
Arbeitern und einsatzunbereiten Menschen zu drillen.
Die jungen Köpfe werden mit mittelalterlich-religiösen
Vorstellungen und einseitig-engerzogenen nationalen
Ideen vollgestopft. Das freie Menschentum, das Ver-
ständnis für das Wesen und die Ziele der Kultur-
menschheit, die Erkenntnis der großen Gesetze in Natur
und Menschenwelt kommen dabei zu kurz.

Hier soll unser freier Volkskatechismus helfend ein-
greifen. Er soll in schlichter, leichtverständlicher Form
den jungen Menschenkindern von 12 bis 16 Jahren
Richtlinien geben, soll ihnen sagen, daß sie Glieder und
Kinder der großen Weltmutter Natur sind. Er soll ihnen
zeigen, daß ihr Menschentum sie verpflichtet, sich selbst
und die ganze Menschheit besser und freier zu machen;
er soll ihnen den Wert und die Würde der Arbeit klar
machen und soll sie für den Gedanken begeistern, daß die
Arbeit aller auch allen zu gute kommen muß. Unser
Volkskatechismus soll den Kindern sagen, wie sie sich
als warm fühlende, aufrechte Menschen zu Eltern und
Geschwistern, zu Freunden und Lehrern zu verhalten,
wie sie ihren Arbeitsberuf aufzufassen haben und wie
sie auch ohne Gottesglauben und kirchliche Glaubens-
gesetze wahrhaftig, gewissenhaft und überzeugungstreu
sein können. wie schließlich auch der Tod für den freien,
storbewußten Menschen kein Schrecken hat.

Auch für die Eltern soll unser Volkskatechismus ein
Berater sein. War viele von ihnen lachten den Wider-
spruch zwischen ihrer freien Ueberzeugung und den
Lehren, die die Schule ihren Kindern aufzwingt. Aber
sie sind nicht in der Lage, auf zweifelhafte Fragen der
Kinder rechte Antwort zu geben, ihren Kindern die
Weltanschauung zu vermitteln, die sie für die richtige
halten. Solchen Eltern wird unser Katechismus man-
chen Fingerzeig geben; er wird ihnen manchen Ge-
danken vermitteln, den sie in zwangloser Unterhaltung
mit ihren Kindern weiter entwickeln und vertiefen kön-
nen. Wer nicht will, daß seine Kinder wie Tiere in der
großen Herde dahinfliehen, der muß ihnen eine Weltan-
schauung mit auf den Lebensweg geben, die ihnen
Zweck und Ziel ihres Daseins klar macht.

Im Jahre der vierten Jahrhundertfeier der Refor-
mation geben wir unseren Volkskatechismus heraus. In
dem Jahre, in dem Luthers Schulkatechismus wieder
als das Buch gepriesen worden ist, das den Kindern die
einzig wahre Weltanschauung vermitteln soll. Als ob
Glaubensgesetze oder Lehmeinungen, die dem Fühlen
und Denken der vor 400 Jahren lebenden Menschen ent-
sprechen, noch für unsere heutige Zeit verwendbar
wären! Eine Zeit, in der die Wissenschaft in die Ge-
heimnisse der Natur hineingeluchtet, die Gesetze, die
das Gesellschaftsleben der Menschen beeinflussen, aufge-
deckt hat, eine Zeit, in der die neuen Ideen den wert-
tätigen Massen den Weg zur Befreiung von Ausbeutung
und Entrechtung gewiesen hat. Was soll dem
Volke noch eine christliche Katechismuslehre, nachdem es
gesehen hat, daß das Christentum unfähig war, die
Menschheit vor Massenmorden und Vernichtungsgesetze
zu bewahren? Nein, was das Volk braucht, das ist
eine Weltanschauung, die es frei macht von jedem kriti-
schen Kirchenglauben und stumpfer Untertanenmutter,
eine Weltanschauung, die seine Kinder lehrt, den Men-
schen im Menschen zu achten, sein persönliches Lebens-
glück nur im Wohlergehen aller zu suchen, und somit
dem Gedanken wahrer Nächstenliebe, der im Christen-

tum nur eine schöne Phrase war, zur Verwirklichung
zu verhelfen.

Diese Weltanschauung soll unser Volkskatechismus
vermitteln helfen. Er will und kann keine ewigen Wahr-
heiten geben, er kann auch nicht alle Lebensfragen er-
schöpfen. Aber er will zum selbständigen Denken und
Sinnieren anregen und will mit dazu beitragen, daß die
Menschheit sich nach der furchtbaren Heimtückung der
letzten Jahre ein Haus zimmere, in dem alle Völker,
und innerhalb eines jeden Volkes alle Menschen, fried-
lich und glücklich beieinander wohnen.

Ein edler Menschenfreund hat es ermöglicht, daß
dieses Büchlein trotz aller Erschwernisse der Kriegszeit
in Druck gehen konnte. Der beste Dank wird für ihn
sein, wenn dieser unser Volkskatechismus in vielen Tau-
senden Arbeiterwohnungen Eingang findet und in Hun-
derttausenden Kinderhände gelangt. Wenn dieses Bü-
chlein aber etwas gegeben hat, der Sorge dafür, daß es
auch weitere Verbreitung finde, denn die Schar der
Kämpfer für echte Nächstenliebe, für edles Menschentum,
für Freiheit und Frieden kann gar nicht groß
genug sein.

Wer helfen will, alles Böse auf der Welt zu be-
kämpfen; wer Weltkatastrophen will; wer sein Kinder vor
ähnlichem Schicksal, wie es jetzt Millionen der besten
und edelsten Volksgenossen und Menschenfreunde traf,
bewahren will, der heiße die neue Lehre der echten
Nächstenliebe und der freien Menschenwürde auf dem
besenen Jugend genannt, erziehen.

Fichte sagt in seiner Rede vom 10. Februar 1812,
vor nunmehr 100 Jahren, als Preußen sich gegen die
Fremdherrschaft erhob:

„Wer einen einzigen rechten, tatbegründeten Ge-
danken in der Menschheit einheimlich macht, tut dem
Feinde (dem Bösen) größeren Schaden, als ob er
Hunderttausend Feinde erschläge; denn er verhindert
Millionen, daß sie auf gewisse Weise gar nicht feind-
lich werden können.“

Das ist die Aufgabe jedes wahren Menschenfreun-
des! Darum hinein mit dem aufklärenden freien
Volkskatechismus in jedes Elternhaus, in jede Kinder-
hand!

Der Mensch hat nur soviel Wert,
als er für seine Erziehung tut!
Tue jeder wenigstens etwas dafür!

Gewerkschaftliche Rundschau.

Verteuerung von Handwerkszeug und Arbeitskleidung.

Um einen Überblick über die Preisgestaltung für
Arbeitskleidung, Sichel und Handwerkszeug zu ge-
winnen und diese Resultate bei den Lohndebatten im
Berliner Baugewerbe verwerten zu können, hat die
Ortsverwaltung Berlin des Zimmererverbandes eine
diesbezügliche Nachfrage in einer Anzahl Berliner
Verkaufsstellen veranstaltet. Nach dem Ergebnisse
dieser Nachfrage sehen die durchschnittlichen Verkaufs-
preise der notwendigen Werkzeuge eines Zimmerers
folgendermaßen aus: Eine Axt kostet gegenwärtig
14 Mk. (im Jahre 1914: 3,50 Mk.), eine Sichel
12,50 Mk. (gegen 3 Mk. im Jahre 1914), zwei Häm-
mer 12 (2,50) Mk., vier Sägen 26 (9) Mk., fünf Hobel
44 Mk. (16) Mk., ein Holzbock 5 (1,50) Mk., drei
Stemmeln 12 (3,80) Mk., ein Winkelstein 6,50 (2)
Mk., ein Holzwinkel 1,50 (—,75) Mk., eine Holz-
schmiege 2,50 (—,90) Mk., eine Stiefgabel 1,50 (—,50)
Mk., eine Holzraspel 3,60 (1) Mk., eine Holzseife
3,60 (1) Mk., eine Ziehflinge 1 (—,30) Mk., ein Drauf-
mit Schraubenzieher 6,50 (1,50) Mk., sechs kleine
Bohrer 9 (3) Mk., eine Kneifzange 5 (1) Mk., ein
Fuchschwanz 6 (1,75) Mk., eine Sichelgabel 2 (—,75)
Mk., eine Wasserwaage 6,50 (2) Mk., eine Hand-
sägenfelle 1,60 (—,30) Mk., eine Schnur mit Rolle 7
(2) Mk., ein Holzbock 2 (—,75) Mk. und eine Wefel-
feder —,40 (—,10) Mk., in Summa 191,70 (56,20) Mk.
Die Steigerung der Preise für Werkzeuge, welche sich
die Zimmerer selbst halten müssen, beträgt demnach
230 Proz. Eine Aufstellung der notwendigen Ar-
beitskleidung eines Zimmerers nebst Vergleichnis der
ermittelten Preise zeigt jedoch sich haarsträubenden
Unterschied von einst und jetzt, doch muß es lebhaft
begrißen sein, wenn bei Beurteilung und Regelung
der Lohnverhältnisse diese Preissteigerungen als Un-
terlagen verwertet werden. Ein Arbeitsjacket für
Zimmerer, welches früher für 12 Mk. zu haben war,
kostet nach dieser Aufstellung gegenwärtig 75 Mk., eine
Arbeitsbohle 50 (früher 7,50) Mk., eine Arbeitsweste
20 (3,50) Mk., ein Hemd 36 (2,50) Mk., ein Hut 25
(3) Mk., ein Latschentuch 4,50 (—,50) Mk., ein Paar
Strümpfe 18 (1,50) Mk., ein Paar Hosenränder 16,50
(1,50) Mk., ein Paar Stiefel 90 (12) Mk., ein Paar
Stiefelsohlen 18 (3) Mk., in Summa 333 (47) Mk.
Diese Preissteigerung beträgt somit 651 Proz. Das

**Und Erigerungen, welche durch hundertprozentige
Dopnerbahrungen unmöglich ausgeglichen werden
können.**

Wie lange noch?

Die ganz- und halbimperialistische Hegepreffe Deutschlands hat es in den zurückliegenden Kriegsjahren mindestens ebenso gut verstanden wie die Chauvinistenpreffe der feindlichen Länder, die Kriegsleidenschaft zu fördern und so Kriegesnot und Kriegselend endlos zu verlängern. Zu den Mitteln, die beiderseits dazu verwendet wurden, gehörte immer wieder der billige Vorwand, daß man ja recht gerne den Frieden haben möchte, aber „die andern“ ließen keine Spur von Friedenssehnsucht erkennen, bei ihnen triumphieren immer noch der Berührungswille usw. usw.

Seit nach dem Zusammenbruch der Hoffnungen unserer deutschen Machtpolitiker ist es in dieser Beziehung stiller geworden. Selbst die ausgesprochene alldeutsche Presse hält den Atem etwas an und trägt gegen früher wenigstens einige Zurückhaltung zur Schau. Die national-liberale Presse gar, die ihre Friedensziele je „nach der Kriegslage“ von Zeit zu Zeit umorientierte, hat aufgehört, die Quintessenz ihrer Weltweisheit von den „im englischen Handelskreis“ liegenden Ursachen des Krieges ihren Lesern tagtäglich vorzuleben. Wie gesagt, es herrscht in jüngster Zeit geradezu ein Mangel an diesen sonst so eifrig geübten publizistischen Aeußerungen, sehr zum Nutzen des deutschen Volkes, das dadurch endlich einmal etwas aus dem kriegsheerischen Dunstschleier herauskommt, der ihm den Blick für die wirklichen Geschehnisse versperrt hat.

Da kommt nun ausgerechnet das Correspondenzblatt der Generalcommission der Gewerkschaften (Nr. 42) auf die Idee, den sich verständigenden Dummschleier wieder etwas zu verdichten und dem Kriegswillen des deutschen Volkes, der längst in voller Auflösung begriffen ist, neue Nahrung zuzuführen. Das Correspondenzblatt scheint, im Gegensatz zu der politischen, mehrheitssozialistischen Presse, den Dingen, die von der heutigen Regierung bewerkstelligt werden, nicht viel zuzutrauen. Es scheint den Bankrott aller der Scheinreformen, mit denen man retten will, was zu retten ist vom bürgerlich kapitalistischen Staat, vorauszusetzen. Und daher wirft es sich jetzt schon kräftig ins Zeug für den, im Falle des Scheiterns des deutschen Friedensangebotes in Aussicht gestellten „nationalen Verteidigungskrieg bis zum Neubeistehen.“

Noch schlimmer, bei Niederschrift dieser Zeilen, die Verhandlungen zwischen Wilson und der deutschen Regierung. Wer sehen will, der kann sehen, mit aller Deutlichkeit logar, an was es liegen wird, wenn der Krieg wieder dem uns Unwissenheit hinein verzögert wird. In einer derartigen Situation kommt das Correspondenzblatt der freien Gewerkschaften in die Hände seiner Leser mit einem Artikel am Kopfe „Die Entente gegen den Frieden“, in dem nach der jetzt teilweise eingestellten Zeit der bürgerlichen Kriegshegepreffe im Vorworte alle Schuld an einem eventuellen Scheitern der Entente zugeschoben wird. Die Art und Weise, wie dabei alles, was Wilson will, verzerrt wird, dürfte selbst die Friedensfreunde im Bürgertum zu schärfsten Protest herausfordern. Aber, nicht Bürgerliche, nein freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter müssen, oder sollen sich wenigstens so etwas gefallen lassen. Da heißt es an der einen Stelle über Wilson:

„Der bisherige Prophet der Gerechtigkeit und des Rechts entpuppt sich in seiner Antwortnote vom 14. Oktober als ein Gewaltpolitiker, der den übelsten Kriegsverstärkern in den Pariser und Londoner Hegeblättern nicht nachsieht.“

Er sei, so heißt es an anderer Stelle, indem er seine Forderungen erweitert, dabei, sie mit denen der Kriegshegen in England und Frankreich in Einklang zu bringen. Soweit sei aber Deutschland glücklicherweise noch nicht; diesen (den Wilsonschen) Frieden lehnen „wir“ nach wie vor ab. Der viel zitierte Gerechtigkeitsflur sei auch nach vier Kriegsjahren nur eine Dekoration der feindlichen Propaganda, woraus folge, daß „wir“ unserer Kräfte nicht erlahmen lassen dürfen, sondern alles daransetzen müssen, um die uns zugedachte Niederlage mit dem imperialistischen Gewaltfrieden der Entente abzumehren.

Uns scheint, dem Artikelschreiber des Correspondenzblattes ist die neugebadene Ministerherrlichkeit seiner Gefinnungsgenossen Bauer, Scheidemann usw. etwas zu Kopf geliegen und er glaubt nun, das Correspondenzblatt ist über Nacht, ebenso wie der „Vorwärts“ und andere politische Organe, so etwas wie Regierungsblatt geworden. Sei dem, wie ihm wolle, jedenfalls lassen wir uns dadurch nicht davon abhalten, aufschärfste gegen eine derartige, nach bestellter Arbeit ausfallende politische Brunnengiftung zu protestieren.

Die Zahl der organisierten Arbeiterinnen. Auch im zweiten Vierteljahr 1918 hat sich die Zahl weiblicher Gewerkschaftsmitglieder erhöht. Sie stieg von 854 781 am Schlusse des 1. Quartals auf 868 117 am Schlusse des 2. Quartals. Die Mitgliederzahlen der Verbände der Chorjänger und der Eisenbahner sind in dieser Zusammenfassung nicht enthalten. Einer Rückgang von 2686, der sich auf 10 Organisationsstellen, nämlich auf die Verbände der Bäcker und Konditoren, Buchbinder, Buchdruckhilfsarbeiter, Hutmacher, Landarbeiter, Sattler, und Portefeuller, Labarbeiter, Tapezierer und Legarbeiter verteilt, steht ein Gewinn von 10 472 weiblichen Mitgliedern in 23 Verbänden gegenüber. Nur die Verbände der Alphaeure, Gärtner, Glaser und Lithographen, die insgesamt 41 Frauen organisiert haben, berichten über gleichzeitige Mitgliederziffern.

Seit Kriegsausbruch hat sich die Zahl der weiblichen Mitglieder in den gewerkschaftlichen Zentralverbänden um 141 546 oder um 64 Prozent erhöht. Die Zahl der inzwischen erfolgten Reintritte beträgt insgesamt 469 007 und ist über noch einmal so hoch als die Mitgliederzahl bei Kriegsbeginn. Sie übersteigt in einigen Verbänden, auch in solchen, die schon bei Kriegsbeginn zahlreiche weibliche Mitglieder zählten, wie beispielsweise die Metallarbeiter und die Schneider, das Mehrfache der damaligen Mitgliederzahl.

Belanntmachungen des Zentralverbandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 28. Okt. bis 3. Nov. der 44. Wochenbeitrag fällig ist.

Nach einer Entscheidung der Zentralkommission für Zivilschutzverordnungen die nachgenannten Orte in folgende Ortsklassen eingeteilt:

- Ortsklasse 1: Wäldchen, Albernberg.
- Ortsklasse 2: Albersdorf b. Berlin, Fürkenwalde a. d. Spree, Kowales, Breslau, Leubitz, Neustadt b. Dresden, Seitzentzsch und Mühlheim a. d. Nub., Dörfel 3: Forst l. L., Gudau, Preez l. Hohl., Gleiwig, Ehrenfriedersdorf, Epenbof, Frankenberg, Geringswalde, Glashaus, Luga, Meerane, Reichen, Tegau, Schneberg, Seitzentzsch, Stollberg, Neu-Alm, Fahrman, Reutlingen, Schwennungen, Contzeim, Heibronn, Pforzheim, Eupen-Rhd., Jagen l. Wehl., Mühlort, Rhd., Reine l. Hann., Tente b. Wermelskirchen, Wiersen Rhd., Wermelskirchen.

- Ortsklasse 4: Hohensalza l. Posen, Stargard l. Pom., Strahburg l. Uckermark, Bischofswerda, Wülfen, Neugersdorf Siebenbrunn, Wallingen, Böllingen, Einbellingen und Dödingen (weitere Erhöhung für letztere 3 Orte veranlagt) Heshingen, Pfand l. Wehl., Dabringhausen b. Wermelskirchen, Einbe a. d. Nub., Straelen (Rhd.), Anna l. Wehl.
- Ortsklasse 5: Tremschen l. Posen, Wolfenstein l. Sa., Warbach a. N., Kleinsorg, Ottenstein, Miesert (Rhd.).

Die übrigen Anträge auf Verfassung in andere Ortsklassen wurden zurückgestellt oder abgelehnt.

Ferner hat die Zentralkommission beschlossen: Wenn ein Fabrikant nach Inkrafttreten des Tarifvertrages höhere Löhne gezahlt hat als für die Lohnklasse seines Ortes vorgeschrieben ist, der Ort aber später in eine höhere Lohnklasse versetzt wird, so darf der Fabrikant auf die hierdurch stattfindende tarifmäßige Lohnsteigerung die bisher gezahlten Löhne in Anrechnung bringen. Das trifft nicht für die Fälle zu, in denen bereits vor Inkrafttreten des Tarifvertrages höhere als die für die ursprüngliche Ortsklasse vorgeschriebenen Löhne gezahlt sind. In diesen Fällen entscheidet, sofern nicht eine Einigung zwischen Fabrikation und Arbeiterausschuß stattfindet, die Schlichtungskommission bezw. das Tarifamt.

Die somit beschlossenen Veränderungen treten vom 1. Oktober 1918 ab in Kraft. Lohnminderungen infolge Klassenherabsetzungen haben nur für Neueinstellung von Arbeitern und für Neueinstellung von Stützkräften Bedeutung.

Für Militärbetriebe gelten die Veränderungen erst nach Stellungnahme des Kriegsministeriums, ebenso für die sogenannten gemischten Betriebe.

Den Zahlstellen Freiberg und Glebenstein l. Sa. wurde auf Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. Oktober ab einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erheben.

Den Zahlstellen Alzen, Arnstadt, Burg b. Magdeburg, Orieburg, Elmshorn, Köllin, Reutlingen, Tullingen und Wiesbaden wurde auf Antrag genehmigt, ihren Lokalbeitrag vom 1. Oktober ab von 5 auf 10 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen, der Zahlstelle Meerane l. Sa. wird genehmigt, ihren Lokalbeitrag vom 1. Oktober ab von 5 auf 10 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen. Die Zahlstelle Nürnberg wird vom 1. Oktober ab mit 15 Pfg. 10 Pfg. Lokalbeitrag pro Woche und Mitglied erheben.

Den Zahlstellen Burg b. M. und Eppendorf wurde auf deren Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. Oktober ab einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. pro Woche und Woche zu erheben.

Der Zahlstelle Schweinfurt wurde auf Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. Oktober ab den Lokalbeitrag von 5 Pfg. auf 10 Pfg. pro Woche zu erhöhen.

Den Zahlstellen Bremen und Hildesheim wurde genehmigt, vom 1. Oktober ab in allen Klassen den Lokalbeitrag pro Mitglied und Woche zu erhöhen.

Der Zahlstelle Rochitz, einem Extrabeitrag von 10 Pfg. zu erheben.

Der Zahlstelle Eisenberg wurde auf Antrag die Genehmigung erteilt, ab 1. Okt. den den Lokalbeitrag 5 Pfg. auf 10 Pfg. zu erhöhen.

Die Mitglieder genannter Zahlstellen werden darauf aufmerksam, daß die Nichtbezahlung dieser Steuern die Folgen des § 9, Abs. 1 nach sich zieht.

Prüfer bei Abfassung der Postfächer auf das zulässige Gewicht.

In den Jahren 1916/17 mußte die Hauptpost die an sie gerichteten Postsendungen in 118 Strafporto zahlen.

Nach Inkrafttreten der neuen Postvorschriften 1918 sind diese vielfach nicht beachtet worden, sich die Strafportos mehren.

Diese unnützen Ausgaben können und müssen vermieden werden.

Nachfolgend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit gültig erklärt:

- Josef Mayer, B.-Nr. 62 608, eingetretten am 2. 1897 in Stuttgart.
- Friedrich Des, B.-Nr. 64 050, eingetretten am November 1912 in Schweinfurt.
- Ernst Koch, B.-Nr. 67 033, eingetretten am 1913 in Goslar.
- Jacob Schäfer, B.-Nr. 82 082, eingetretten am September 1902 in Bamberg.
- Alte Germann, Karte, eingetretten am 21. Januar in Erfurt.
- Wilhelm Otto, Karte, eingetretten am 1. Juli in Köln.
- Paul Bodner, Karte, eingetretten am 21. Juli in Berlin.
- Aulreich Liebig, Karte, eingetretten am 1. Juli in Erfurt.
- Thomas Engelhardt, Karte, eingetretten am 1. 1918 in Nürnberg.
- Fanny Graf, Karte, eingetretten am 22. Juli in Erfurt.
- Käthe Weniger, Karte, eingetretten am 16. Juli in Tullingen.

Nürnberg, den 26. Oktober 1918.

Belanntmachungen der Ortsverwaltungen

- Wolfsberg. Die Adresse des 1. u. 2. Bez. ist H. Heidenberg 30 part.
- Eisenberg. R. Rüd, Schulgasse 10, 2. Bez. Weissenfels. Für den Sterbefall des Mitglieds Seitz ist die 26. Sternemarke zu kleben.

Neuer Katalog über Schablonen und Werkzeuge
— Versand gratis und franco. —
E. Wögle, Berlin, Köpenickerstraße 92.

Sohlen!

Beste Ersatz, Textildruckerei
bergewollt — Reibendlich gewollt —
— Kein Papierstoff! —
Wannrecht Meppen und darunter
Versand: 12 Paar Nr. 22, 10 Pfg.
In 4 Paar Herren-Damen u. Kleinkinder
Hugo Krieg, Bremen, Osterstraße 22.

Handstanzmesser

Größe I 8,00 M. — II 7,50 M. — III 7,00 M.
Fernruf 590 Amt Optig.
Theo Dreuer, Wersheid l. Sa.

Glaspapier, Schmirgel

große Posten sofort lieferbar.
Wilhelm Fischer, Breslau 16, Seidenstraße 10.